



100 JAHRE **SP** **STEFFISBURG**
E I N G R U N D Z U M F E I E R N

**AULA SCHÖNAU
STEFFISBURG
25. NOVEMBER 2016
BEGINN: 18:30**

**UNTERHALTUNG
POLITIK
SPEIS&TRANK**

**MIT:
LISA CATENA
HANS STÖCKLI
URSULA MARTI**

WWW.SPSTEFFISBURG.CH

1916

Sozialdem. Partei Steffisburg

Konstituierende Generalversammlung

Samstag den 26. November 1916, nachmittags 1+1/2 Uhr im Lokal zur Linde

Traktanden:

- 1. Wahl eines Tagesbüros*
- 2. Namensbestimmung des Vereins*
- 3. Wahl des Vorstandes & der Rechnungsrevisoren*
- 4. Festsetzung des Eintrittsgeldes & der Mitgliederbeiträge*
- 5. Aufstellung von Statuten resp. Wahl einer Entwurfskommission*
- 6. Auflagenbezug*
- 7. Verhandlungen*

Der Präsident gibt einleitend bekannt, warum die heutige Generalversammlung einberufen wird. Er gibt ein Schreiben des Grütli-Zentralkomites bekannt, wonach unser Verein als Sektion des schweizer Grütli aufgehört habe zu existieren und am 11. November aufgelöst worden sei. Es wird zur Wahl eines Tagesbüros geschritten: Als Tagespräsident wird einstimmig gewählt: Genosse Fritz Zürcher & als Tagessekretär Genoss Fritz Meier.

Der Vorschlag, die neu zu gründende Organisation sozialdem. Partei Steffisburg zu nennen wird einstimmig zum Beschluss erhoben.

Als Präsident & Vicepräsident kommen in Vorschlag, die Genossen Brechbühler & Spring Gottfried, Spengler. Genosse Brechbühler wird mit 39 von 52 Stimmen zum Präsidenten & Spring Gottfr. zum Vicepräsidenten gewählt. Als 1. Sekretär kommt Genosse Jost & als II. Sekretär Genosse Christinat in Vorschlag. Stimmen erhalten:



1916 – 2016: 100 JAHRE SP STEFFISBURG – FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Am 26. November 1916, mitten im 1. Weltkrieg, ist die SP Steffisburg im Restaurant Linde gegründet worden. Eindeutige Zielsetzung der schweizerischen Arbeiterschaft war, ihre Benachteiligung zu vermindern und der bürgerlichen Vormacht den Kampf anzusagen. Industrie und Landwirtschaft waren damals Gewinner, die Lohnabhängigen Verlierer. Die Lebensmittelknappheit, der massive Anstieg der Mieten, kein Lohnausgleich für die Soldaten führten vielerorts zu Verarmung und letztendlich zum Landesstreik, wo unter anderem die Neuwahl des Nationalrats im Proporzsystem, Frauenstimmrecht, 48-Stunden-Woche, AHV und IV proklamiert wurden. Forderungen, die heute erfüllt und selbstverständlich erscheinen – jedoch Daueraufgaben bleiben und nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden dürfen.

Was bewegt Frauen und Männer der SP beizutreten, was ist ihnen wichtig und wie erleben sie Politik und Zusammenarbeit mit anders Gesinnten; welche Wünsche haben sie für die Partei – für die Bürgerinnen und Bürger? Reichhaltig fallen in Gesprächen die Beweggründe und Erfahrungen von jüngeren und älteren SP-Mitgliedern aus, ermutigend ihr unermüdliches Engagement.

Politik beinhaltet, die Menschen gern zu haben, sich um sie und ihr Wohl zu kümmern; „etwa wie es uns als Búezerfamilie ging, sollte es allen gehen“. Es muss für jeden Menschen möglich sein, vom Lohn oder im Alter von der Rente würdig leben zu können. Steuern sollen gerecht erhoben werden; sie gewähren die solide Finanzgrundlage der Öffentlichkeit. Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und der Zugang zur Bildung für alle.

Die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft, die lange erfolglose Wohnungssuche mit vier kleinen Kindern animieren, sich politisch und in der SP zu engagieren. Oft waren Vater, Grossvater Mitglieder von SP und Gewerkschaft. Arbeitskollegen übten Einfluss aus: „Ohne Mitgliedschaft im VPOD hast Du die Stelle nicht lange!“ Die Tagwacht, die VPOD-Zeitung, Der Eisenbahner gehörten zur Lektüre der Familie. Die Frauen und

Mütter dachten mit, engagierten sich, wo immer Not gelindert werden musste. Endlich seit 1971 ist ihr aktives und passives Stimm- und Wahlrecht gesichert. Auch Angehörige aus nicht traditionellen SP-Familien teilen das Gedankengut. „Die SP ist sozial, ökologisch und international: als Bauernsohn in der damaligen BGB-Umgebung spürte ich, wie sich alles auf die Probleme des Dorfes und der Landwirte fokussierte - und alles andere unnützlich war.“ Um ein geordnetes Zusammenleben zu verwirklichen, braucht es nicht nur die einen oder die anderen. Der Respekt gegenüber unterschiedlichen Berufen, gesellschaftlichen und politischen Zugehörigkeiten, das Bewahren und Entwickeln des sozialen Friedens sind Voraussetzung dazu. „Gemeinsam statt einsam“. „Mit rot geschmückten Veloredli sind wir jeweils am 1. Mai durchs Dorf gefahren.“ Damals als die Verbindung zwischen SP und traditionellen Arbeitervereinen Selbstverständlichkeit war; Solidarität, das gemeinsame Erreichen von Zielen standen im Vordergrund. „Wissen ist Macht“, unermüdlich bildeten sich Genossinnen und Genossen in den Arbeiterbildungs-Ausschüssen weiter. An Wahl- und Abstimmungssonntagen konnte ein Telefonanruf eingehen: „Hast Du Deine Stimme abgegeben?“ Nein, das EW soll nicht privatisiert werden, das gehört den Bürgerinnen und Bürgern. Der Zugang zum Wasser muss nicht nur in Steffisburg, sondern weltweit für alle Menschen gesichert sein, auch für die Nachkommen.

Für die Erfüllung der vielfältigen Aufgaben innerhalb Gemeinde, Kanton und Bund braucht es nebst rechtlichen und materiellen Voraussetzungen eine starke Gemeinschaft mit Menschen, die sich für das Zusammenleben in allen seinen Facetten engagieren. *„Obwohl die Geschäftsleitung an meinem Steffisburger Arbeitsplatz freisinnig geprägt war, spürte ich nur Entgegenkommen. Nie musste ich die Zeit nachholen und bei meiner Wahl zum GGR-Präsidenten erhielt ich ein Gratulationsschreiben und ein schönes Geschenk.“* Es war damals und ist heute erst recht keine Selbstverständlichkeit mehr, ein politisches Amt zu übernehmen. Besonders für jüngere Menschen, die sich in den politischen Prozess einbringen wollen, können arbeitsplatzseitige Bedingungen dafür hinderlich sein, und trotzdem: *„Eigentlich wollte ich mich schon lange politisch engagieren, da kam eine Anfrage - natürlich zum ungünstigsten Zeitpunkt - ich befand mich mitten in einer zweijährigen berufsbegleitenden Weiterbildung. Ich habe trotzdem zugesagt mitzumachen und mich zur GGR-Wahl aufstellen lassen... und hatte Glück, denn ich landete auf dem Ersatzplatz.“*

Zentral ist nach wie vor die Meinungsbildung innerhalb der Partei, die politische Einflussnahme in den Kommissionen und bei Vernehmlassungen. Die Geschäfte können sehr komplex sein. Die Informationen und öffentlichen Veranstaltungen zu grossen Projekten durch die Gemeindebehörde sind wertvoll. Und trotzdem, Kompetenzen können nicht anstelle von Kommissionen an die Verwaltung delegiert werden. Fachliche Überlegungen sind notwendig, aber in die Entscheidungsfindung müssen auch andere Faktoren miteinbezogen werden. Je weniger Bürgerinnen und Bürger daran beteiligt sind, umso schwieriger wird der Nachvollzug der Überlegungen, die zum definitiven Entscheid führen. *„Mut, Meinungsvielfalt innerhalb der Zielrichtung Solidarität/Würde/gegenseitige Verantwortung/Ökologie, sachliches Aufzeigen von Missständen, aber auch Ideen des politischen Mitbewerbers sachlich überprüfen und würdigen“* und *„dass sie (SP) konsensorientiert Lösungen mit anderen Parteien sucht, dabei aber ihre linke Grundhaltung nicht verliert.“* Die Zusammenarbeit mit dem politischen Gegner war nicht immer einfach und *„über all die Jahre ganz unterschiedlich. Meine Erfahrung ist, es kommt mehr auf die Köpfe an als auf die Partei“*; *„Hart in der Sache, aber fast immer anständig im Ton und respektvoll Andersdenkenden gegenüber“*. Solange im Gegenüber der Mensch als Mensch und nicht als Feind wahrgenommen wird, dient die Auseinandersetzung mit der politischen Vorlage auch wirklich dazu, einen tragfähigen Entscheid zu finden.

„Rechtsstaatlichkeit, Rechtssicherheit, Grundrechte müssen unbedingt erhalten bleiben. Dem, was wir erreicht haben, muss gut Sorge getragen werden.“ Die brennenden Themen von heute sind im Vergleich zu früher nicht weniger herausfordernd. Bezahlbarer Wohnraum sichert eine gute Durchmischung der Bevölkerung. Wohnbaugenossenschaften sind dazu ein Schlüsselwort; nicht nur junge, sondern auch ältere Menschen profitieren von diesen Gemeinschaftswerken. Der sparsame Umgang mit dem Kulturland ist zentral, der konsequente Einsatz für ein verdichtetes Bauen dringend. *„Im Bereich Förderung erneuerbarer Energie, Sanierung von Häusern und Heizungen, Unterstützung sinnvoller Mobilität braucht es grosse Anstrengungen.“*

Unmöglich, heute neuen Technologien und der Digitalisierung auszuweichen. Ängste vor dem Verlust des Arbeitsplatzes bestehen. Die eigene Auseinandersetzung mit dieser enormen Entwicklung, und das Erarbeiten einer gesetzlichen Regelung der Nutzung und Verbreitung auf politischer Ebene sind dringend nötig. *„Wir dürfen uns deshalb der Benutzung aller neuen Kommunikationsformen nicht verschliessen (auch wenn es uns Älteren etwas schwer fällt).“*

Bürgerinnen und Bürger sind zum Teil verunsichert: „Uns droht ein massiver Sozialabbau und die stetig steigende Fremdenfeindlichkeit macht Angst. Eine starke SP kann hier Gegensteuer geben. Wir müssen unsere Botschaften vermitteln und Gehör finden!“ Vermehrt wieder auf die Menschen zugehen, zuhören, ihre Anliegen und Verunsicherung erkennen, ernst nehmen und nach Lösungen auf gesellschaftlicher und politischer Ebene suchen. „Die SP muss sich für die Integration unserer Mitmenschen mit und ohne Migrationshintergrund weiterhin einsetzen. Dabei darf sie sehr wohl ein paar Grundregeln des Zusammenlebens definieren und durchsetzen.“ „Wir sollten nicht Mauern bauen, weder im Kopf, noch richtig. Es werden Menschen kommen, wir dürfen nicht egoistisch sein, sondern in grösserem Zusammenhang denken.“

„Wir müssen kämpferisch bleiben und nicht klein begeben“. Nein, wir dürfen und wollen uns „nicht unterkriegen und verbiegen lassen von den zurzeit herrschenden Mehrheiten und Ideologien.“ Eine kämpferische Haltung einnehmen, heisst nicht nur gegen etwas sein, sondern mit viel Arbeit und harten, fairen und besseren Argumenten versuchen zu überzeugen: „Sich nicht von Rückschlägen entmutigen lassen und durch Präsenz und mit guter politischer Arbeit Wähler und Mitglieder überzeugen und gewinnen.“

Aus Gesprächen mit älteren und jüngeren Genossinnen und Genossen, aufgezeichnet durch Elisabeth Tellenbach-Sommer, Zulpostbericht Oktober 2016

Splitter aus 75 Jahren SP und Steffisburger Geschichte

- 26.11.1916 Gründung der Sektion Steffisburg der Sozialdemokratischen Partei am Sonntag ab 13.30 Uhr in der „Linde“ durch austretende Mitglieder des Grütlvereins.
- 24.02.1917 Zustimmung der SP zum „Tracé“ der STI.
- 25.03.1917 Die Sektion übernimmt das Amt des SP-Kreisvorstandes Oberland.
- 13.10.1918 Das Proporzsystem für die Nationalratswahlen wird vom Schweizervolk angenommen.
- 11.11.1918 Landesstreik der Schweiz
- Steffisburg wird von etwa 200 Freiburger und Walliser- Dragonern besetzt. Eine Ortswehr wird organisiert.
- 24.03.1918 SP-Mitglieder gründen den „Touristenclub Naturfreunde“.
- Juli-November Es besteht ein Versammlungsverbot wegen der Grippeepidemie
- Ende 1918 Die Steffisburger befürworten die SP-Initiative, die das Proporzwahlssystem für die Wahlen in den Gemeinderat, in die Schul- und Armenkommission gefordert hat, mit 591 zu 120 Stimmen.
- 31.08.1919 Die SP wünscht einen kleinen und einen grossen Gemeinderat.
- Dezember 1919 Nach den ersten Proporzwahlen stellt die SP 5 Gemeinderäte.
- Nach den Massenentlassungen in den eidgenössischen Betrieben stellt die SP den Antrag, ein eigenes Arbeitsamt zu errichten.
- Ebenfalls im Jahre 1919 wurde die erste SP-Frauengruppe gegründet, diese wird aber bereits im Jahre 1923 aufgelöst.

- 1920 Das neue Gemeindereglement mit Gemeindeparlament wird von den Steffisburgern abgelehnt.
- 25.06.1921 Die SP wird zur Fahnenweihe der Arbeiterturner am 28.8.1921 eingeladen.
- 02.09.1921 Die SP Steffisburg abonniert die „Rote Revue“ (No.1), die das „Neue Leben“ ersetzt.
- 26.05.1925 Ausgesperrte Holzarbeiter sollen die Schäden nach der Explosion auf der Thuner Allmend beheben.
- 28.02.1925 Die SP Steffisburg möchte, dass die Gemeinde mit der Stadt Thun fusioniert. Nun heisst es abwarten, bis die diesbezügliche Motion im Thuner Stadtrat eingereicht wird.
- 19.04.1925 Die Fahnenweihe des Arbeitersängerbundes findet statt.
- 08.05.1926 Mehrere Grütlianer treten in die SP-Partei über.
- 04.11.1928 Mit einer Bergpredigt wird die Klubhütte der Naturfreund „Stampf“ ob Schwanden eingeweiht.
- 19.12.1928 Endgültige „Begrabung“ des Schulfestes, das als Fest des Gewerbes empfunden wurde.
- 05.02.1929 Ein Aktionskomitee für das Frauenstimmrecht wird gegründet.
- 15.03.1930 Die Handwerkerschule Steffisburg wird aufgehoben
- 19.03.1930 Projekt Ferienheim im Eriz: Der Kredit von Fr. 140'000. — wird als zu gering eingeschätzt.
- 12.11.1932 Die SP stimmt dem Proporzsystem für den Regierungsrat zu.
- 01.04.1933 Die SP bejaht den Umbau des Stromnetzes auf 220 Volt.
- 22.05.1934 Es findet eine Aussprache mit den Gewerkschaften statt, ob die Arbeitslosenkasse in Steffisburg obligatorisch werden oder fakultativ bleiben soll.
- 05.01.1935 Die SP Steffisburg befürwortet die Landesverteidigung sowie die Aufgaben der Diktatur des Proletariats der Beschlüsse im Sinne des Parteitags, der am 26./27.1.1935 stattfand (Erneuerung des SP-Programms aus dem Jahre 1924).
- 13.03.1936 In Bern findet eine Arbeitslosendemonstration statt.
- 06.07.1936 Am Parteitag in Zürich werden die Rüstungsausgaben (300 Mio.) bejaht. In Anbetracht der herrschenden Arbeitslosigkeit löst dies bei einem Teil der Genossen von Steffisburg grosses Unverständnis aus. Es ist von „Disziplinlosigkeit unserer Führer und der Nationalräte“ die Rede.
- 03.11.1937 Diskussion um den Neubau der Firma Studer im Glockenthal.
- 18.12.1937 In Steffisburg gibt es zu diesem Zeitpunkt 118 Arbeitslose, davon sind 42 ausgesteuert.
- 23.02.1938 Die Arbeiter-Union Thun wird Gewerkschaftskartell
- 02.04.1938 Gründung des Arbeiter Schachklubs
- 05.08.1938 Zur Arbeitsbeschaffung fordert die SP vom Gemeinderat Fr. 30'000. — für die Badeanstalt.
27. 8.1938 Der Genossenschaftsrat des Konsums bewilligt einen Kredit von Fr. 25'000.—für die Einrichtung eines Volkshauses in Thun.
- 17.12.1938 Die Schwimmbadgenossenschaft Steffisburg wird gegründet.

- 04.03.1939 Einladung zum 25-jährigen Bestehen des Arbeiter-Touring-Bunds.
- 01.09.1939 Ausbruch des 2. Weltkriegs
- 08.09.1939 Wegen des Aktivdienstes verfügt der Regierungsrat, dass alle Kommissionen mit 3 Teilnehmern als beschlussfähig zu betrachten seien.
- 16.12.1939 Die Gemeindeversammlung genehmigt einen Kredit von Fr. 470'000. - für den Umbau des Stromnetzes auf 220 Volt.
- 22.12.1939 Der Gemeinderat legt die Prioritäten im Bauwesen wie folgt fest: 1. Gemeindehaus, 2. Kochschule, 3. Feuerwehrmagazin
- 01.02.1940 Die Lohnausgleichskasse wird gegründet.
- 06.12.1940 Wegen Kohlenmangels werden die Winterferien vom 26.12.1940 bis auf den 25.1.1941 ausgedehnt.
- 09.05.1941 In Bern wird gegen das Verbot der Arbeiterpresse und die „Knebelung“ der freien Meinung demonstriert.
- 08.11.1941 Konstituierung der Politischen Arbeitsgemeinschaft (BGB, Freisinn, SP) als Antwort auf das Treiben der Fröntler, die die Bevölkerung etwas beunruhigen.
- 22.08.1942 Die Pläne für das neue Gemeindehaus liegen vor. Der Kostenvoranschlag beläuft sich auf Fr. 430'000.--.
- 10.11.1942 In Steffisburg wird das Mietamt eingerichtet.
- 13.05.1943 Inbetriebnahme der neuen Wohnkolonie Augasse.
- 13.10.1944 In der Politischen Arbeitsgemeinschaft wird die Fusion Thun-Steffisburg diskutiert.
- 10.10.1945 Auflösung der Politischen Arbeitsgemeinschaft.
- 11.12.1945 Verzicht auf halbjährliche SP-Hauptversammlungen
- 17.05.1946 „Das letzte Vorstandsmitglied der Naturfreunde verlässt die SP“.
- 13.12.1946 Die letzte Gemeindeversammlung findet statt. Ab 1947 wird sie durch das Gemeindeparlament ersetzt.
- 29.12.1946 Als erster sozialdemokratischer Gemeindepräsident wird *Karl Knöpfel* gewählt und mit ihm drei weitere Sozialdemokraten in den Gemeinderat.
- 19.04.1947 Wohnungsnot: „In Steffisburg haben zur Zeit 89 Familien kein oder nur ein unpassendes Logis.“
- 22.11.1947 Verzicht auf den Bau eines Volkshauses in Thun. Dafür wird die Freienhof-Genossenschaft gegründet. Die SP Steffisburg zeichnet 2 Anteilscheine à Fr. 25. — und eine Obligation à Fr. 100.--.
- 19.06.1948 Auflösung der zivilen Kirchgemeinde.
- 10./11.12.1949 Der Kredit für die Schwimmbadanlage wird angenommen.
- 31.01.1950 Der Kredit für den Schuhausbau an der Bernstrasse wird ebenfalls angenommen.
- 22.09.1950 Der Verkehrsverein Steffisburg meldet die Gründung einer Kulturfilmgemeinde.

- 28.04.1951 Die Motion Schmutz (SP), sie betrifft den Landkauf für den Schulhausbau Glockenthal, wird vom GGR gutgeheissen.
- 26.04.1952 Nach einem Referendum, es betraf den Landkauf in der Rosenau Thun (Erstellung eines Konsum-Magazins), wird der Standort bestätigt. Aus Protest gegen die Thuner Genossen finden die nächsten 1. Mai-Feiern in Steffisburg und nicht wie üblich in Thun statt.
- 25.05.1952 Der Arbeiter-Schachklub wird aufgelöst.
- 30./31.5.1953 Die von Polizeinspektor Thöni verwalteten Abteilungen Vormundschaft, Polizei und Fürsorge werden getrennt (Reorganisation Gemeindeverwaltung).
- 17.09.1954 Der *Freiwirtschaftler* Wyss verlangt mit einer Motion die Abschaffung der obligatorischen Arbeitslosenkasse.
- 27.04.1956 Die Motion Dähler verlangt die Aufhebung des Mietamtes.
- Juni/Juli 1958 Wahl eines Gemeindepräsidenten nach der Demission von Karl Knöpfel. Mit wenigen Stimmen Vorsprung auf Willi Blaser, SP wird Hans Hess, BGB gewählt.
- 29.12.1959 Der Bau des Schönau-Schulhauses wird beschlossen.
- 29.09.1962 Mit einer Motion will die SP den Zusammenzug der 7.-9.Klässler in einem eigenen Schulhaus erwirken.
- 08.03.1963 Die SP reicht eine Motion für die Schaffung einer Alterssiedlung ein.
- 28.11.1964 Neugründung der Frauenriege des SATUS.
- 14.08.1964 Letzte Versammlung bei der Gastwirtschaftsfamilie Burckhardt in der „Linde“.
- 03.10.1965 Annahme der Erbschaft von Esther Schüpbach durch die Gemeinde.
- Frühling 1966 Die Stiftung Alterssiedlung wird gegründet.
11. 9.1966 Der Sozialdemokratische Abstinentenbund feiert sein 50-jähriges Bestehen.
- 03.03.1967 In der Baumkommission „*ritt Notar Spycher wieder eine Attacke gegen die Alterssiedlung.*“
- 15.12.1967 Bekanntgabe der Gründung der VPOD-Gruppe Steffisburg
- Frühjahr 1968 Die SP stimmt dem kantonalen Gesetz über das Frauenstimmrecht in Gemeindeangelegenheiten zu.
- 08.03.1969 Die Partei verzichtet künftig auf den Samstagabend als Sitzungstag.
28. 4.1969 Gründung der SP-Frauengruppe
- 29.05.1970 Die SP beschliesst Stimmfreigabe zur Schwarzenbach-Initiative.
- Dezember 1970 Der freisinnige Robert Ritter siegt bei der Gemeindepräsidentenwahl über Paul Hurni/SP.
- 07.02.1971 Das Frauenstimmrecht auf Bundesebene wird von den Schweizern angenommen.
- 28.05.1971 Ja-Parole der SP zur Alterssiedlung
- 04.02.1972 Die Ämter „Buchhalter und Kassier“ werden in der SP zusammengelegt.

- 19.05.1972 Die SP reicht eine dringliche Motion, um den 13. Monatslohn für das Gemeindepersonal zu verwirklichen.
- 23.11.1972 Die SP stimmt dem EWG-Vertrag zu.
- 27.04.1973 Die SP fordert eine Spezialkommission für die Ortsplanung, da bis anhin den Politikern kein Mitspracherecht gewährt worden ist.
- 28.07.1973 Die SP beschliesst die Ja-Parole zum Ausländerstimmrecht in kirchlichen Angelegenheiten.
- 30.08.1974 Die Parteikasse spendet Fr. 100. — an die Opfer der Überschwemmungskatastrophe.
- Dezember 1974 Die erste Frau aus der SP, Ruth Balzer, wird in den Grossen Gemeinderat gewählt.
- 24.10.1976 Paul Hurni wird neuer Gemeindepräsident.
- 30.06.1977 Die Pro-Kopf-Verschuldung in Steffisburg beträgt Fr. 3'000.--.
- 26.08.1977 Mit 14 zu 10 Stimmen spricht sich die SP für die Fristenlösung aus.
- 04.12.1977 Die SP bejaht die Wahl der Ständeräte durch das Volk.
- 13.03.1979 Zum ersten Mal werden die Ständeräte vom Volk gewählt.
- 25.09.1980 Überbauung Klostern: „Preise von Fr. 20'000. — an aufwärts sind nicht auf ein Arbeitereinkommen zugeschnitten.“
- 26.01.1984 Die Regierungsbeteiligung wird nach der Wahl von Bundesrat O. Stich mit 35 zu 4 bejaht, obwohl die Nichtwahl von L.Uchtenhagen als erste Bundesrätin in Steffisburg bittere Enttäuschung hervorruft.
- 03.04.1986 Die SP-Initiative „Für sichere Velowege“ wird von 2323 Stimmberechtigten unterstützt.
- 1987 Nach Paul Hurnis Demission als Gemeindepräsident scheidet der SP-Kandidat Paul Zbinden am Freisinnigen H.R. Feller, obschon der Sozialdemokrat im ersten Wahlgang die grösste Stimmenzahl der vier Kandidaten auf sich vereinigen konnte. Die SP verliert damit ihr seit Jahrzehnten gehaltenes, drittes Gemeinderatsmitglied.
- 1988/89 Allgemeine Vertrauenskrise zwischen der Bevölkerung und den Regierungskreisen (PUK-Berichte). Insbesondere die Fichen beweisen unangenehme Unterstellungen gegenüber den Linksparteien.
- Das seit der Gründung der SP benutzte Versammlungslokal in der der „Linde“ muss aufgegeben werden.
- 1990 Nach den Gemeindewahlen ist die SP mit 2 Mitgliedern im Gemeinderat, bzw. mit 10 im GGR vertreten.

1991 bis 2016

Jahre, die geprägt sind von wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Veränderungen. Das stellt auch in Steffisburg und der Region an die SP grosse Herausforderungen und führt teilweise zu Mitgliederschwund und sinkenden Wähleranteilen. Neue politische Konstellationen, hektische Arbeitsbedingungen, schwindende Solidarität innerhalb der Gesellschaft; Einsatz der freien Zeit für Sport, Erholung; Digitalisierung, Migrationsproblematik sind prägende und verunsichernde Elemente der letzten Jahre.

Neue Parteien wie Freie Liste, später Grüne, die Autopartei, die BDP gaben der politischen Landschaft in Steffisburg und schweizweit ein verändertes Gesicht. Andere Zusammensetzungen können bereichern und behindern. Den zeitlichen Umständen angepasste Themen kommen auf, entsprechend werden die Schwerpunkte gesetzt.

Alles in allem gesehen sind alte Forderungen der SP erreicht. Löhne sind gerechter; die AHV scheint gesichert, Ferien- und Freizeit soweit geregelt, Institutionen, die sich der Wohlfahrt für verschiedenste Bedürfnisse annehmen, werden immer mehr. Wohnverhältnisse weisen einen wesentlich höheren Standard auf. Es herrscht noch Vollbeschäftigung, die Frauen gewinnen nach und nach Boden in der Politik und können damit auch mehr und aus einer anderen Sicht Einfluss nehmen. Betreuungsmöglichkeiten für Kinder werden angedacht und wo möglich umgesetzt. 1989 erfolgt in Deutschland die Wiedervereinigung von BRD und DDR, es zerfällt die Sowjetunion und damit entsteht weltweit ein noch unbekanntes Gefüge.

Die Schliessung der Spar- und Leihkasse Thun bedeutete einen ersten wirtschaftlichen Einschnitt in die Region. Es folgte in Steffisburg 1992 das Ende der ASTRA-Aera und 1993 die Aufgabe der Firma Selve in Thun, beide Betriebe Arbeitsheimat von –zig SP-Mitgliedern über viele Jahre hinweg. Thun ist Militärstadt und damit eng verbunden mit der ansässigen Metallindustrie. Die Forderung der GSOA (Schweiz ohne Armee) sowie die Initiative der SP „*Rüstungskonversion, weniger Rüstungsausgaben- und mehr Friedenspolitik*“ verunsicherte und erboste viele Mitarbeitende der Eidgenössischen Betriebe M+F/K+W Thun. Besonders hart traf es die Mitglieder der SP, und das waren nicht wenige. Sie litten gleich doppelt: Angst um ihre Arbeitsplätze sowie an der Häme ihrer Arbeitskollegen. Obwohl auch die verantwortlichen Kreise der regionalen SP bis in die höchsten Stellen für die Erhaltung der Arbeitsplätze oder mindestens für eine geeignete Abfederung kämpften und bei der SP am Schweizerischen Parteitag intervenierten und ihre Haltung zur Kenntnis brachten, verlor die SP Genossinnen und Genossen sowie Wählerinnen und Wähler.

Der Einsatz für den Wirtschafts- und Lebensraum Region Thun wurde in der Folge über die Parteigrenzen hinweg gefördert. Daraus resultierten neue Zusammenschlüsse wie der Wirtschaftsraum Thun, an dem die Gemeinde Steffisburg bis heute massgeblich beteiligt ist. Betriebsschliessungen, bedingt durch weltweit neue Märkte können nicht aufgehalten werden; aber für die überaus herausfordernde Zukunft müssen neue gangbare Wege gemeinsam von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft angedacht und entwickelt werden.

Auch infolge der Globalisierung ist das wirtschaftliche Denken bestimmend; Kostenfaktoren spielen die zentrale Rolle. New Public Management war lange das Zauberwort dazu. Politisches Handeln und Verwaltungstätigkeiten werden durchleuchtet und hinterfragt, inwiefern sie einen messbaren finanziellen Nutzen bringen. Scheinbar unnötige Kommissionen, Unterstützungen an Dritte werden speziell unter die Lupe genommen und unter Umständen gestrichen. Privatisierung von Gemeindebetrieben und Staatsbetrieben werden heftig diskutiert.

Gleichzeitig wird das Arbeitstempo in öffentlichen und privaten Betrieben hektischer und grösstenteils nach Erfolgszahlen ausgerichtet. Reorganisationen und das Hinterfragen führen teilweise zu wirklichen Verbesserungen. Gerade die SP-Politik muss sich aber dann korrigierend einbringen, wenn Leistungsabbau gegenüber den Schwachen droht. Sie muss Schwerpunkte so setzen, dass Ressourcen und Fähigkeiten der Mitarbeitenden und deren Wertschätzung im Mittelpunkt stehen. Der Einsatz für faire Löhne und Sozialleistungen, gute Aus- und ständige Weiterbildung gehören nach wie vor zu den Kernthemen. Innerhalb des Gemeinwesens müssen sich die Bewohnerinnen und Bewohner ernst genommen fühlen und an der Gestaltung teilhaben, damit sie der Politik und ihren Vertretern und Vertreterinnen vertrauen können.

Das allgemein hektischere Arbeitsklima in Betrieben und die berufliche Belastung halten Frauen und Männer vermehrt davon ab, sich politisch oder in Vereinen zu betätigen. Die Schwierigkeit, Parteiämter zu besetzen und Wahllisten zu füllen, ist ein echtes Problem, wahrscheinlich nicht nur für die SP. Aber nur, wenn Bürgerinnen und Bürger, Parteien und Vereine aktiv auf jeder Ebene in der Öffentlichkeit mitwirken, kann unser demokratisches System glaubwürdig funktionieren

Die SP ist zunehmend in der Rolle der Verteidigerin des bestehenden sozialen Netzes und Warnerin vor dem rasanten Abbau und Kämpferin gegen die Übermacht von Hochfinanz und Wirtschaft über die Politik. Sie wehrt sich gegen den sich öffnenden Graben zwischen arm und reich, die versteckte Armut, den Abbau demokratischer Rechte und staatlicher Leistungen.

Gleichzeitig setzt sie sich mit aktuellen Politikfeldern und gesellschaftlichen Herausforderungen auseinander und zeigt Richtungen an. Dazu gehören Themen wie Umwelt und Energie, ökologischer Verkehr; neue Familienstrukturen, Betreuungsformen für Kinder und schulische Angebote. Als Folge von Globalisierung, Klimaerwärmung, Kriegen und absoluten Regimen ist die SP gefordert, auf Fragen der Verlegung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer, der Preise, die wir hier für die Produkt bezahlen, der Umweltschädigung, der zunehmenden Migration und Flüchtlingsströme tragfähige Antworten zu finden. Diese Tatsachen und die rasante Entwicklung neuer Technologien und der Digitalisierung lassen zum Teil die Menschen berechtigt mit Angst und Verunsicherung reagieren. Das darf nicht unbeantwortet bleiben. Das Ringen um Antworten auf die enorme Entwicklung und das Erarbeiten einer gesetzlichen Regelung der Nutzung und Verbreitung von digitalen Inhalten sind dringend nötig. Die geeignete Information durch die SP zu all diesen Themen spielt dabei eine wichtige Rolle. Die neuen Kommunikationsmittel sind eine Möglichkeit dazu. Aber der direkte Kontakt vor Ort mit Politikerinnen und Politikern des Vertrauens kann durch nichts ersetzt werden. Es braucht die SP, es braucht Frauen und Männer, die sich um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger kümmern. Für die unsichere und herausfordernde Zeit wollen wir nach umsetzbaren Lösungsmöglichkeiten suchen und diese – trotz komplexer Zusammenhänge – verständlich kommunizieren. Für alle, statt für wenige.



100 Jahre SP Steffisburg und auch in der Zukunft:

FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

GEMEINSAM STATT ALLEIN

„Zäme geits“

www.spsteffisburg.ch